

ANTRAG

Gremium: *Kreisvorstand Ostprignitz-Ruppin*

Beschlussdatum: *25.01.2026*

Tagesordnungspunkt: *2.2. Diskussion und Beschluss zur Landratswahl*

A2: Beschlussvorlage bzgl. einer möglichen Unterstützung von Landrat Ralf Reinhardt als Kandidat für den Landratsposten in Ostprignitz-Ruppin

Antragstext

1 ENTWURF

2 Der bündnisgrüne Kreisverband Ostprignitz-Ruppin beschließt am Mittwoch, den
3 28.02.26, auf die Aufstellung einer eigenen Kandidatin oder eines eigenen
4 Kandidaten für die Wahl des Landrates von Ostprignitz-Ruppin am 07.10.26 zu
5 verzichten und stattdessen die Kandidatur des amtierenden Landrates, Ralf
6 Reinhardt, zu unterstützen.

7 Gründe für die Unterstützung seiner Kandidatur durch unseren Kreisverband:

- 8 • **Großes Engagement für Ostprignitz-Ruppin:** Wir schätzen Herr Reinhardts
9 persönliches Engagement für eine bessere Regionalbahnbindung an Berlin
10 vor und hinter den Kulissen sowie seine Anstrengungen im Bereich
11 Mobilfunk- und Breitbandausbau. Trotz aller Unwägbarkeiten lässt Herr
12 Reinhardt nicht locker und kämpft für eine bessere Infrastruktur in
13 unserem ländlich geprägten Landkreis.
- 14 • **Bekenntnis zu Umwelt- und Naturschutz:** Ralf Reinhardt steht zu der hohen
15 Verantwortung seiner Verwaltung für den ökologischen Zustand unserer
16 Umwelt. Die Einschätzung der unteren Naturschutzbehörde wird von ihm in
17 aller Regel respektiert und nicht in Frage gestellt, was eine
18 entscheidende Voraussetzung dafür darstellt, dass Umwelt- und
19 Naturschutzbelange individuellen oder wirtschaftlichen Interessen nicht

20

untergeordnet werden.

21
22
23
24

- **Offen für Innovation und Digitalisierung:** Ob E-Mobilität, autonomes Fahren oder digitale Lösungen – Herr Reinhardt kennt die Zukunftsthemen nicht nur, sondern lebt sie nach Möglichkeit auch und arbeitet seit Jahren dafür, dass unser Landkreis sich für die Zukunft wappnet.
- **Weltoffenheit und Toleranz:** Ralf Reinhardt teilt einen großen Teil der Werte unserer Parteimitglieder. Hilfe und Unterstützung für Geflüchtete sowie ein respektvoller Umgang mit Menschen unabhängig ihrer Herkunft, ihres Glaubens, ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung sind für Herrn Reinhardt in jeder Situation selbstverständlich gewesen.
- **Nahbarkeit und Pragmatismus:** Abseits politischer Bühnen und offizieller Sitzungen schafft es Ralf Reinhardtnahbar aufzutreten, zwanglose und offene Gespräche zu führen, die Anliegen seines Gegenübers ernst zu nehmen und pragmatisch nach Lösungen zu suchen.
- **Wertvoller Erfahrungsschatz:** Ralf Reinhardt hat in den letzten fast 16 Jahren Erfahrungen gesammelt, welche für die Qualität und die erfolgreiche Arbeit eines Landrates entscheidend sind. Unser Landkreis kann davon profitieren, wenn Ralf Reinhardt auf diesen Erfahrungen aufbauen und strategisch wichtige Projekte weiter voran- und zu Ende bringen kann. Nicht zuletzt angesichts des anstehenden Generationswechsels der aktuellen Dezernenten des Landkreises bestände mit einem Wechsel potenziell die Gefahr, dass unserer Verwaltung sehr viel Erfahrungswissen in kurzer Zeit abhandenkommen würde.

43
44

Erwartungen, die wir an Herrn Reinhardt richten, für den Fall, dass er erneut als Landrat gewählt wird:

45
46
47
48
49
50

- **Mehr Bürgernähe & Service-Orientierung der Verwaltung:** Wir erwarten, dass Herr Reinhardt seine Möglichkeiten, die Qualität der Service-Leistungen der Verwaltung zu verbessern, voll ausschöpft. Dazu gehören sowohl Bearbeitungszeiten und barrierefreie, digitale Angebote als auch ein grundsätzlich hilfsbereiter und bürger*innenfreundlicherer Umgang der Verwaltung mit Bürgerinnen und Bürgern, die an sie herantreten.

- 51
- **Mehr Transparenz und Kommunikation:** Wir sind überzeugt, dass viele
52 Projekte und Entwicklungen, die von der Kreisverwaltung angestoßen und
53 betreut werden, mehr Sichtbarkeit verdienen. Wir erwarten daher, dass Herr
54 Reinhardt sich im Falle einer weiteren Amtsperiode mit seinem Team damit
55 beschäftigt, wie mehr von dem sichtbar werden kann, was die
56 Kreisverwaltung tut – auch im Sinne einer funktionierenden Demokratie, die
57 ein Vertrauen in öffentliche Institutionen voraussetzt.